

Lehrstellenbestand leicht reduziert

Die Regierung hat in einem Bericht und Antrag an den Landtag über den derzeitigen Lehrstellenbestand und über den voraussichtlichen Lehrstellenbedarf für das Schuljahr 2002/2003 informiert. Gleichzeitig hat sie Antrag gestellt, die im Schuljahr 2003/2004 zusätzlich benötigten Lehrstellen zu bewilligen. Durch die Neuschaffung von drei Stellen und die Auflösung von vier Stellen vermindert sich der Gesamtstellenbestand von 352 auf 351. Derzeit bestehen 352 Hauptlehrerstellen. Weiters unterrichten 225 Teilzeitlehrpersonen, die vom Schulamt jeweils auf ein Jahr angestellt werden, ein Gesamtpensum von 3573,5 Lektionen. (paf)

Mehr Geld für das Liechtenstein-Institut

Die Regierung will dem Liechtenstein-Institut für die Jahre 2003 bis 2005 einen finanziellen Beitrag von jährlich 750 000 Franken gewähren. Sie hat einen entsprechenden Bericht und Antrag zuhanden des Landtags verabschiedet. Dieser Landesbeitrag ist ein Ausdruck der Wertschätzung für die vom Liechtenstein-Institut betriebene Forschung und soll das Institut darin bestärken, die bisherige Arbeit fortzuführen. Der Leistungsausweis des Liechtenstein-Instituts ist beachtlich. Das Institut hat eine hohe Reputation im nationalen, regionalen und europäischen Kontext und leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des Images unseres Landes. (paf)

IAS: Regierung reagiert schnell

Mit Bericht und Antrag an den Landtag betreffend die Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechtes beabsichtigt die Regierung die Anwendung internationaler Rechnungslegungsvorschriften zu ermöglichen. Dabei ergibt sich der Anlass für die Vorlage aus der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 19. Juli 2002 betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards.

Die International Accounting Standards Verordnung (IAS-Verordnung) wurde am 11. September 2002 im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften publiziert und befindet sich derzeit im Übernahmeprozess in das EWR-Abkommen. Obwohl die IAS-Verordnung zu diesem Zeitpunkt noch nicht in das EWR-Abkommen übernommen wurde, ergibt sich die Notwendigkeit der Vorlage aus dem besonderen Bedürfnis der liechtensteinischen Wirtschaft nach der Schaffung der Möglichkeit (nicht der Pflicht) zur Anwendung internationaler Rechnungslegungsvorschriften für alle Unternehmen, unabhängig davon, ob es sich um börsennotierte Gesellschaften handelt oder nicht.

Die Möglichkeit, internationale Rechnungslegungsvorschriften bereits auf Geschäftsjahre anzuwenden zu können, die am oder nach dem 1. Januar 2002 beginnen, ist dabei ein besonderes Anliegen der betroffenen Wirtschaftskreise und soll diesen so bald als möglich eröffnet werden. Für börsennotierte Unternehmen sollen die neuen Vorschriften erstmals verpflichtend auf Geschäftsjahre anzuwenden sein, die am oder nach dem 1. Januar 2005 beginnen. (paf)

ANZEIGE

frommelt
LI - 9490 Vaduz
Busreisen

09.11.02 - Mailand
Shopping pro Person 49.-

07.12.02 - Stuttgart
Christkindlmarkt / Shopping pro Person 49.-

Fon 00423 232 81 33
www.frommeltreisen.li

«Da muss man Klartext reden»

S.D. Fürst Hans-Adam II. zu Fürsteninitiative und Gegeninitiative

(Fortsetzung von Seite 3)

Wenn da ein Professor eine andere Meinung vertritt, ist das vielleicht ganz interessant, aber nicht entscheidend. Der Europarat ist das entscheidende Gremium und die haben die Verfassung von Liechtenstein als abso-

Etwas abstruse Vorstellungen

lut konform mit der EMRK beurteilt. Es wurde nur eine Auflage wegen des Frauenstimmrechts gemacht. Dazu muss man auch Folgendes sagen: Die Verfassung von Liechtenstein ist heute mit den anderen Verfassungen des Europarates der Massstab, an dem Neumitglieder gemessen werden. Man kann also nicht hergehen und sagen, der Massstab des Europarates ist nicht mehr richtig. Das sind etwas abstruse Vorstellungen von Professoren, die sich gerne profilieren möchten.

Sie haben ja diesbezüglich kürzlich gar Unterstützung von einem heftigen Kritiker erhalten: Landtagsvizepräsident Wolff hat sinngemäss gesagt, dass das Memorandum Batliner-Wille-Klay zwar beachtenswert sei, dass aber eine konkrete Verletzung bestimmter staatsvertraglicher Verpflichtungen Liechtensteins im Memorandum nicht unbedingt zu erkennen sei: Was halten Sie von diesem Memorandum?

Es handelt sich dabei um ein Pamphlet und nicht um eine wissenschaftliche Arbeit. Vielmehr ist im Grunde genommen dazu nicht zu sagen.

Schmerzt es Sie nicht, dass verschiedene Kreise hinsichtlich der Verfassung derart skeptisch sind, dass sie dem Fürstenhaus zutrauen, dass es dem Volk etwas Schlechtes will?

Natürlich schmerzt es irgendwo, aber es wird das Volk entscheiden. Wenn das Volk wirklich der Meinung ist, dass wir dem Volk etwas Schlechtes wollen, dann soll man bitte in einer Volksabstimmung die Monarchie abschaffen. Diese Möglichkeit besteht in

Natürlich schmerzt es irgendwo

der neuen Verfassung. Da kann das Volk die Monarchie abschaffen und dann trennen sich unsere Wege, wenn dies wirklich die Meinung des Volkes ist. Es ist aber wirklich nur die Meinung von einer Gruppe von Fanatikern, die seit über 30 Jahren hier gegen die Monarchie Stimmung machen.

Wäre es nicht eine Option für den Abstimmungskampf, wenn Sie schon jetzt ankünden würden, dass Sie die Amtsgeschäfte dem Erbprinzen übergeben?

Das habe ich schon seit Jahren angekündigt, dass ich diese dem Erbprinzen übergebe, und ich hätte es ihm auch schon übergeben, wenn nicht der leidige Verfassungsstreit um die Mo-

Übergabe an den Erbprinzen

narchie noch hängig wäre, in welchem die Gegner der Monarchie immer wieder versuchen, diese noch solange weiter zu verlängern, bis die Monarchie kaputt ist.

Werden Sie die Amtsgeschäfte als Staatsoberhaupt auch dann an den Erbprinzen abgeben, wenn Sie bei der Abstimmung verloren würden?

Nein. Dann ziehen wir uns aus dem Land zurück. Es stellt sich dann die Frage, ob es in ein paar Jahren über-



«Wenn jemand die Unwahrheit sagt, dann muss man auch ganz klar darauf hinweisen»: S.D. Fürst Hans-Adam II.

(Bild: Paul Trummer)

haupt noch eine Monarchie geben wird. Ich kann mir ehrlich gesagt nicht vorstellen, dass es eine Gesprächsgrundlage gibt mit den Gegnern dieser Verfassungsreform, weil unsere Ansichten so unterschiedlich sind, dass man davon ausgehen muss, dass es früher oder später kein Fürstentum Liechtenstein mehr geben wird.

Sie werden also den Zeitpunkt der Übergabe auf keinen Fall vor der Abstimmung bekannt geben?

Nein, sicher nicht. Für den Fall, dass wir die Abstimmung gewinnen, braucht es eine gewisse Zeit bis diese Verfassung in Kraft tritt, bis alles eingeführt ist und läuft. Deshalb sind der Erbprinz und ich der Meinung, dass man einen gewissen Zeitraum verstreichen lässt, bevor ich mich zurückziehe.

Was heisst hier ein gewisser Zeitraum? Man geht jetzt davon aus, dass die Abstimmung im März stattfinden könnte, rechnen Sie damit, dass Sie die Übergabe noch im nächsten Jahr machen?

Es könnte sehr wohl im nächsten oder übernächsten Jahr sein. Wir möchten uns jedoch noch nicht festlegen. Das werden der Erbprinz und ich entscheiden.

Inwieweit wird der Erfolg Ihrer Initiative durch die zweite Initiative geschmälert?

Ich glaube der Hauptzweck dieser Initiative lag darin, eine Verzögerung herbeizuführen. Glücklicherweise ist das gescheitert. Das zweite Ziel, das damit erreicht werden sollte, ist eine gewisse Verwirrung zu schaffen mit unwahren Behauptungen, dass man mit dieser zweiten Initiative auch die Vorstellungen des Fürsten verwirklicht, was eine glatte Lüge ist.

Sie sprechen gerne Klartext. Befürchten Sie nicht, dass Sie damit Ihrem Anliegen schaden, beispielsweise wenn Sie die andere Initiative als «politisches Kasperletheater» bezeichnen?

Nein, es ist ein Kasperletheater. Die Initianten wissen ganz genau, dass

diese Initiative – selbst wenn sie eine Mehrheit bekommen würde – weder von diesem noch vom nächsten Fürsten unterschrieben wird und auch vom Erbprinzen nicht. Man möchte einfach das Volk verwirren, noch dazu mit

Da muss man Klartext reden

falschen Behauptungen, dass dies den Wünschen des Fürsten weitestgehend entgegenkommt. Hier wird versucht, das Volk für dumm zu verkaufen und das kann man nicht akzeptieren. Da muss man Klartext reden.

Das Klima ist ja sehr belastet. Alle Seltener sagen, man solle sachlich sein und nicht so emotional, und dann kommt das Staatsoberhaupt und redet von Unverschämtheit und Kasperletheater: Glauben Sie nicht auch, dass sich Ihre Seite weniger provozieren lassen sollte und Ihrer Sache mehr gedient wäre, wenn Sie sachlich und nicht so emotional reagieren würden?

Wenn jemand die Unwahrheit sagt, dann muss man auch ganz klar darauf hinweisen. Wenn hier jemand eine Initiative startet, von der er von vorneherein weiss, dass sie so nicht verwirklicht werden kann, dann ist es ein politisches Kasperletheater und nicht mehr.

Warum sind Personen, welche die Fürsteninitiative ablehnen, in Ihren Augen Monarchie-Abschafter?

Wo sind diese Leute geblieben?

Die Betroffenen lehnen auch die bestehende Verfassung ab, jedenfalls diejenigen, die sich in der Öffentlichkeit entsprechend geäussert haben. Sie lehnen die bestehende Verfassung, was die Monarchie betrifft, als nicht zeitgemäss ab. Weiters lehnen sie eine Einigung mit dem Fürstenhaus auf eine neue Verfassung ab. Da bleibt ja wirk-

lich nur noch die Alternative, die Monarchie – zumindest in der heutigen Form – abzuschaffen.

Aber viele dieser Personen sind doch für die bestehende Verfassung und damit weiterhin für eine starke Monarchie?

Gut, dann hätten aber diese Personen sehr früh in der Öffentlichkeit klar Stellung beziehen sollen gegen jene Gruppierungen, die seit zehn Jahren die bestehende Verfassung als nicht mehr zeitgemäss betrachten und versuchen, diese Verfassung irgendwie aus den Angeln zu heben. Ich kann mich nicht erinnern, dass sich Gruppen gebildet haben, die vor mehreren Jahren gegen die Entscheidung des Landtages aufgestanden sind, als der Landtag mit 23:2 Stimmen beschlossen hat, dass die bestehende Verfassung jetzt geändert werden müsse. Ich frage mich: Wo sind diese Leute geblieben?

Die jetzige Zeit ist für alle Seltener sehr zermürbend: Werden wir nach der Verfassungsabstimmung wieder Frieden haben?

Ich gehe davon aus, dass wir recht bald wieder Frieden haben. Man muss einfach sehen, dass am Verfassungsstreit zum Teil Personen beteiligt sind, die seit langem mit mir im Streite liegen. Es ist sicherlich auch eine persönliche Komponente dabei. Mit meinem Rückzug aus der liechtensteinischen Politik soll die personelle Komponente beseitigt werden.

Auf der anderen Seite sollten sich die entsprechenden Personen, falls sie die Abstimmung verlieren, auch in den wohlverdienten politischen Ruhezustand begeben und einer neuen Generation eine neue Chance lassen. Ich hoffe, dass man sich dann wieder auf andere Themen konzentriert, die für unser Land wirklich wichtiger sind, als dieser zerstörerische Verfassungsstreit um die Monarchie.

Was wünschen Sie sich für die nächsten Wochen und Monate?

Dass wir möglichst viele Unterschriften bekommen für unsere Initiative.